

Aus dem Bereich der Vereinten Nationen

Wirtschaft und Entwicklung

Internet Governance Forum:

9. Treffen 2014

- Zukunft von ICANN und IGF ungewiss
- WSIS+10 und Post-2015-Agenda
- Multistakeholderisten vs. Multilateralisten

Wolfgang Kleinwächter

(Dieser Beitrag setzt den Bericht von Wolfgang Kleinwächter, Internet Governance Forum:

7. Treffen 2012 und 8. Treffen 2013 sowie ›NETmundial‹ 2014, VN, 3/2014, S. 131ff., fort.)

Das 9. Internet Governance Forum (IGF) fand vom 2.–5. September 2014 in Istanbul (Türkei) statt. Mit 3700 Teilnehmerinnen und Teilnehmern (davon 1300 online) aus 144 Ländern stellte dieses Treffen einen neuen Rekord auf. Das Themenspektrum reichte von mittlerweile klassischen Themen wie Meinungsfreiheit, Datenschutz, Cybersicherheit, Infrastrukturentwicklung und Netzwerkneutralität zu neuen Themen wie ›Cloud Computing‹ und ›Internet der Dinge‹.

Zukunft von ICANN

Großen Raum nahm die Diskussion der Zukunft von ICANN und der von der amerikanischen Regierung angekündigten Übergabe der Verantwortung für die Funktionen der IANA ein. IANA steht für ›Internet Assigned Numbers Authority‹. Sie hat die Aufsicht über den ›A-Root-Server‹ im ›Domain Name System‹ (DNS). Der stellvertretende amerikanische Handelsminister Lawrence Strickling machte dabei klar, dass eine Übergabe die Sicherheit und Stabilität des Internets nicht gefährden dürfe und ein neuer Mechanismus das Multistakeholder-Modell für die Internetverwaltung stärken müsse. ICANN müsse daher in ein System gegenseitiger Kontrolle eingebunden sein, um zu verhindern, dass eine vollständige Selbstverwaltung der kritischen Internet-Ressourcen von einzelnen staatlichen oder

privaten Interessengruppen dominiert werden kann. Strickling machte auch klar, dass seine Regierung eine Übergabe dieser Funktionen an ein zwischenstaatliches Regierungsgremium nach wie vor grundsätzlich ablehnt. Der IANA-Vertrag läuft am 30. September 2015 aus. Er kann zweimal um jeweils zwei Jahre verlängert werden. Gegenwärtig arbeitet eine 30-köpfige Arbeitsgruppe, die ›IANA Stewardship Transition Coordination Group‹ (IGC), der auch fünf Regierungsvertreter (darunter Iran) angehören, an einem Übergabeplan.

WSIS+10

Ein weiterer Schwerpunkt war die Diskussion über die bisherigen Ergebnisse des 2. Weltgipfels 2005 von Tunis (WSIS II). Im Dezember 2015 wird in New York eine Überprüfungs-konferenz stattfinden: die WSIS+10. Dabei sollen Lösungen dafür gefunden werden, wie die weiterhin vorhandene digitale Spaltung überwunden werden kann. Das im Jahr 2005 gesetzte Ziel, der Hälfte der Weltbevölkerung einen Online-Zugang zu ermöglichen, ist zwar erreicht. Das heißt aber, dass noch immer drei bis vier Milliarden Menschen keinen Zugang zum Internet haben. Bei der New Yorker Konferenz wird es daher auch darum gehen, wie die WSIS-Ziele enger verzahnt werden können mit den dann bereits ausgehandelten Zielen der Entwicklungsagenda für die Zeit nach 2015. Ein Streitpunkt war hier auch, inwiefern das beim IGF und bei ICANN erfolgreich praktizierte Multistakeholder-Modell weiter ausgestaltet werden kann. Kritik gab es daran, dass die UN-Generalversammlung zwar eine Beteiligung von Vertretern von nichtstaatlichen Organisationen (NGOs) an der Vorbereitung der WSIS+10-Konferenz zugelassen hat, die Schlussphase aber ausschließlich in den Händen von Regierungen liegen soll. Vertreter der Zivilgesellschaft, der Privatwirtschaft und der technischen Gemeinde fordern jedoch gleichberechtigte Beteiligungsmöglichkeiten an der Ausarbeitung der Schlussdokumente für WSIS+10.

Ein Beispiel für ein neuartiges und gleichberechtigtes Zusammenwirken al-

ler Interessengruppen hatte die Internet-Weltkonferenz ›NETmundial‹ im April 2014 in São Paulo geboten. Mit der NETmundial betrat man politisches Neuland, weil erstmalig eine Weltkonferenz, an der alle Interessengruppen gleichberechtigt teilnahmen, auch ein greifbares Ergebnis brachte: eine Erklärung zu Grundsätzen für die Internet-Verwaltung (NETmundial Multistakeholder Statement) und ein Fahrplan (Internet Governance Roadmap 2020). Damit produzierte NETmundial Ergebnisse, die viele Beobachter seit Jahren vom IGF erwartet hatten.

Neue Initiativen und Arbeitsgruppen

Beim IGF in Istanbul wurden die NETmundial und die nachfolgende ›NETmundial Initiative‹ (NMI), die nun vom brasilianischen Internet-Rat ›cgi.br‹, von ICANN und dem Davoser Weltwirtschaftsforum getragen wird, ausführlich diskutiert. Dabei wurde vor allem die klare Botschaft aus São Paulo, die bestehenden Multistakeholder-Mechanismen für das Management globaler Internetprobleme zu stärken, begrüßt. Das IGF kann durch die NMI weiter gestärkt werden. Die NMI ist keine Alternative zum IGF und auch keine Konkurrenzveranstaltung. Die NMI wird projektorientierter sein. Es gibt ein großes Potenzial für eine Win-Win-Situation zwischen IGF und NMI. Letztere kann mit zusätzlichem Know-how und Ressourcen das IGF stärken und helfen, für Probleme, die das Forum identifiziert hat, Lösungsvorschläge zu erarbeiten. Ziele und Mandat der NMI sind noch nicht definiert. Das soll bis Ende März 2015 in einem offenen und transparenten Diskussionsprozess geschehen. Dann wird der neue NMI-Koordinierungsrat zusammentreten, dem jeweils ein Vertreter der vier Stakeholder-Gruppen aus den fünf Weltregionen angehören.

Als eine Innovation für das IGF selbst erwiesen sich sogenannte ›Best Practice‹-Foren. Ziel dieser Foren war die Produktion konkreter Ergebnisse in Form von ›Best Practice Dokumenten‹. Erwähnenswert ist hier insbesondere das Dokument zu Spam im Internet. Versuche, zwischen-

staatliche Regelungen für Spam zu finden waren ja unter anderem bei der Weltweiten Konferenz für internationale Fernmeldedienste (WCIT) 2012 in Dubai gescheitert. Nun zeigte sich in Istanbul, dass ein Multistakeholder-Ansatz sinnvolle Ergebnisse hervorbringen kann. Diese sind zwar nicht juristisch verbindlich, bieten aber praktische Handreichungen, die zur schrittweisen Lösung eines dringlichen Problems beitragen können.

Als einen weiteren Schritt vorwärts kann man einen Beschluss der ›Multistakeholder Advisory Group‹ (MAG) – dem Lenkungs-gremium des IGF – vom Dezember 2014 ansehen. Demnach sollen Arbeitsgruppen gebildet werden, die zwischen den jährlichen IGF-Treffen zu einzelnen Sachfragen an Lösungen arbeiten. Gestärkt werden sollen auch die sogenannten ›IGF Dynamic Coalitions on Internet Rights and Principles‹ zu einzelnen Sachgebieten. Insgesamt gibt es gegenwärtig rund zehn solcher Gruppen, wo zu konkreten Sachfragen, wie etwa Zugang zum Internet oder Internet der Dinge, engagierte Netzwerke und Experten aus verschiedenen Stakeholder-Gruppen zusammen arbeiten.

Zukunft des IGF

Trotz aller Erfolge krankt das IGF nach wie vor an strukturellen und finanziellen Schwächen. Um dem IGF mehr Stabilität und bessere Ressourcen zur Verfügung zu stellen, hat die ›Internet Society‹ (ISOC) in Istanbul die Initiative ergriffen und einen Interessenverband zur Unterstützung des IGF gegründet, den ›Internet Governance Forum Support Association‹ (IGFSA). Der IGFSA wird einen Treuhandfonds verwalten, der sowohl dem globalen IGF als auch den mittlerweile fast 100 nationalen und regionalen IGFs zugutekommen wird. Damit soll dem IGF auch über 2015 hinaus Stabilität und Wachstum und eine weitgehende Selbstverwaltung ermöglicht werden.

Das Mandat des IGF läuft im Dezember 2015 aus. In Istanbul herrschte aber weitgehend Einigkeit: Die UN-Generalversammlung soll das Mandat um weitere fünf oder zehn Jahre verlängern. Der Versuch einiger UN-Mitgliedstaaten, diese Verlängerung bereits im Dezember 2014 zu besiegeln, ist jedoch gescheitert. Einige Regierungen wollen die Verlängerung mit anderen, für den WSIS+10-Prozess

relevanten Themen verbinden. Das betrifft insbesondere das Thema erweiterte Zusammenarbeit (enhanced cooperation), was letztlich eine diplomatische Umschreibung für die Aufsicht über die kritischen Internet-Ressourcen ist. Der Abschlussbericht der ›Working Group on Enhanced Cooperation‹ (WGEC) an die Kommission für Wissenschaft und Technologie im Dienste der Entwicklung (UNCSTD) vom Mai 2014 hat zu keinem Durchbruch geführt. Nach wie vor stehen sich zwei Lager mit unterschiedlichen Vorstellungen über die Zukunft der Internetregulierung gegenüber: Multistakeholderisten vs. Multilateralisten.

Insofern ist es auch für die WSIS+10-Konferenz und die Zukunft des IGF von erheblicher Bedeutung, ob die amerikanische Regierung im September 2015 die Aufsicht über den IANA-Vertrag abgibt. Sollte das nicht passieren, wäre dies Wasser auf den Mühlen jener UN-Mitgliedstaaten, die dem Multistakeholder-Modell misstrauen und für die Schaffung eines zwischenstaatlichen Internet-Regierungsgremiums eintreten.

Das IGF ist eines der wenigen funktionierenden Multistakeholder-Mechanismen im globalen ›Internet Governance Ecosystem‹. Insofern ist eine Verlängerung des Mandats, die nun die 70. UN-Generalversammlung im Dezember 2015 beschließen muss, von großer strategischer Bedeutung. Das 10. IGF findet im November 2015 in João Pessoa in Brasilien statt. Für 2016 hat sich bereits Mexico City als Gastgeber angeboten. In Deutschland erwägt man, Gastgeber für das IGF 2017 oder 2018 zu sein. Die MAG und ihr Sekretariat sitzen in Genf, wo die innovative Idee der gleichberechtigten Beteiligung von nichtstaatlichen Akteuren an der Politikentwicklung viele Befürworter hat. Die politische Kultur der UN in New York ist jedoch eine andere. Sie ist noch geprägt von den alten Machtspielen des 20. Jahrhunderts, wo Regierungen hinter verschlossenen Türen diplomatische Deals aushandeln. Die kommenden Diskussionen am East River werden zeigen, ob alte, verkrustete Strukturen aufgebrochen werden können oder innovative Ansätze abgewürgt werden.

Weiterführender Link: [9. IGF 2014, Istanbul: www.intgovforum.org/cms/igf-2014](http://www.intgovforum.org/cms/igf-2014)

Rechtsfragen

Internationaler Strafgerichtshof: Tätigkeiten 2013

- Kritik der Afrikanischen Union
- Gaza-Krieg durch die Hintertür
- Ehemaliger ivoirischer Präsident drei Jahre in Untersuchungshaft

Mayeul Hiéramente

(Mit diesem Beitrag beginnt eine jährliche Berichterstattung über die Arbeit des Internationalen Strafgerichtshofs. Der Bericht über die Tätigkeiten 2014 folgt in einem der nächsten Hefte. Siehe einführender Beitrag des Autors, VN, 5/2014, S. 195–200.)

Der Internationale Strafgerichtshof (IStGH) stand im Jahr 2013 vor großen Herausforderungen und hat wegweisende Entscheidungen getroffen. Der IStGH (International Criminal Court – ICC) ist eine durch einen völkerrechtlichen Vertrag gegründete Institution, der mittlerweile 122 Staaten beigetreten sind. Die Vertragsstaaten finanzieren das Gericht und wirken über die Versammlung der Vertragsstaaten an der Fortentwicklung des Gerichts mit. Die gegenwärtig von Fatou Bensouda aus Gambia geleitete Anklagebehörde ist mit den Ermittlungen betraut und wird von staatlichen Behörden unterstützt. Die Verwaltung des Gerichts übernimmt die Kanzlei, während die insgesamt 18 Richterinnen und Richter aus allen Weltregionen in den Vorverfahrenskammern, Verfahrenskammern und Berufungskammern über Schuld oder Unschuld der Angeklagten befinden.

Im Jahr 2013 waren ausschließlich Verfahren in Afrika anhängig. Die Anklagebehörde führte zudem Vorermittlungen in Afghanistan, Georgien, Guinea, Honduras, Kolumbien, Südkorea und Nigeria durch. Statt eines umfassenden Rückblicks sollen Schlaglichter auf wichtige Weichenstellungen geworfen werden, die zu einer vertieften Auseinandersetzung anregen und kritische Reflektionen über Sinn, Zweck und Grenzen der internationalen Strafverfolgung von Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen anstoßen sollen. Zur besseren Einordnung werden